

16916/AB
vom 01.03.2024 zu 17456/J (XXVII. GP)
Bundesministerium bmkoes.gv.at
 Kunst, Kultur,
 öffentlicher Dienst und Sport

Mag. Werner Kogler
 Vizekanzler
 Bundesminister für Kunst, Kultur,
 öffentlichen Dienst und Sport

Herrn
 Präsidenten des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.008.646

Wien, am 1. März 2024

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mario Lindner, Genossinnen und Genossen haben am 2. Jänner 2024 unter der Nr. **17456/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Beschwerden wegen Ungleichbehandlung in Ihrem Ministerium 2023“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1:

- *Wie viele Beschwerdeverfahren vor der Gleichbehandlungskommission des Bundes gab es in Hinsicht auf potenzielle Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen oder Kündigungen seitens Ihres Ressorts oder nachgelagerter Dienststellen im Jahr 2023? Bitte um detaillierte Auflistung nach Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund und Ausgang des Verfahrens.*

Für Beschwerden durch Bundesbedienstete darf auf die Gleichbehandlungsberichte des Bundes gemäß § 12a Bundes-Gleichbehandlungsgesetz verwiesen werden, die auf der Website des Bundeskanzleramts¹abrufbar sind.

¹ <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/frauen-und-gleichstellung/gleichbehandlung/gleichbehandlungsberichte/gleichbehandlungsberichte-des-bundes.html>

Im Jahr 2023 gab es seitens meines Ressorts keine² Beschwerdeverfahren vor der Gleichbehandlungskommission des Bundes.

Zu Frage 2:

- *Wie viele Fälle im Jahr 2023 sind Ihnen bekannt, in denen Ihr Ministerium oder nachgelagerte Dienststellen als Arbeitgeber wegen potenzieller Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen oder Kündigungen angezeigt wurden? Bitte um detaillierte Auflistung nach Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund.*

Im Jahr 2023 wurde mein Ministerium in keinem Fall wegen potenzieller Ungleichbehandlung angezeigt.

Zu Frage 3:

- *In wie vielen Fällen im Jahr 2023 waren Ihr Ministerium oder nachgelagerte Dienststellen als Arbeitgeber wegen potenzieller Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen oder Kündigungen an Verfahren vor Gericht beteiligt? Bitte um detaillierte Auflistung nach Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund, sowie nach jeweiligem Gericht bzw. jeweiliger Instanz.*
 - a. In wie vielen Fällen kam es jeweils zu Verurteilungen, Freisprüchen außergerichtlichen Einigungen und welche Summen mussten jeweils als Entschädigung bzw. Strafzahlung gezahlt werden? Bitte um detaillierte Auflistung nach Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund.*

Im Jahr 2023 war mein Ministerium in keinem Verfahren wegen potenzieller Ungleichbehandlung vor Gericht beteiligt.

Mag. Werner Kogler

² Es gab ein Beschwerdeverfahren mit den Beschwerde-/Diskriminierungsgründen „Alter und Geschlecht“ zu einer Postenbesetzung, an der mein Ressort mittelbar beteiligt war. Konkret erfolgte zwar die Ausschreibung durch mein Ressort, das BMKÖS war jedoch weder in der Kommission vertreten, noch für die Personalentscheidung alleinig verantwortlich (dies oblag der Bundesregierung).

